

1 DIE LINKE. Berlin
2 7. Landesparteitag, 1. Tagung
3 15./16. Dezember 2018

4

5 **Änderungsantrag ÄA16.1**

6 **Antragsteller*in:** Landesvorstand

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8 *Der Text in den Zeilen 7 bis 21 wird durch folgenden Text ersetzt:*

9 **Berliner Transparenzgesetz auf den Weg bringen.**

10 DIE LINKE Berlin setzt sich dafür–ein, dass der Anwendungsbereich des auf Grundlage des IFG zu
11 entwickelnden Transparenzgesetzes auch auf landeseigene oder von Berlin wesentlich beeinflusste
12 Unternehmen erweitert wird. Dies betrifft insbesondere landeseigene Unternehmen in privater
13 Rechtsform (z.B. GmbHs, Aktiengesellschaften). Die Mitglieder der LINKEN in Senat und
14 Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, in Umsetzung des Koalitionsvertrages gesetzgeberisch tätig
15 zu werden. Die unmittelbare und mittelbare Landesverwaltung, die Eigenbetriebe und Unternehmen in
16 öffentlicher Hand oder unter deren wirtschaftlicher Kontrolle sollen verpflichtet werden, Informationen
17 mit Bezug zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu veröffentlichen. Es muss ausgeschlossen sein, dass
18 durch die Wahl der Rechtsform Informationen zurückgehalten werden können.

19 DIE LINKE Berlin begrüßt die zivilgesellschaftlichen Bemühungen um mehr Verwaltungstransparenz in
20 Berlin und wird diese unterstützen.

21 Begründung:

22 Erfolgt mündlich